
Diskussion

zu dem Referat von Reimut Jochimsen „Internationalisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik“*

Hans-Adam Pfromm (Werner & Pfleiderer GmbH): Wir können nicht davon ausgehen, daß die Industrieproduktion, so wie sie sich in Deutschland bisher entwickelt hat, unverändert fortbestehen wird: Im Maschinenbau haben wir bereits heute eine Zweiteilung in Hightech- und in Lowtech-Produkte, die anderswo gefertigt werden. Nehmen wir zum Beispiel den Werkzeugmaschinenbau, wo wir uns bisher auf unsere Problemlösungskompetenz verlassen haben und dann feststellen mußten, daß standardisierte japanische Maschinen uns den Markt wegnehmen, weil die Problemlösungskompetenz nicht mehr wie bisher gefragt ist. Diese Form von Spezialisierung, die noch vor zehn Jahren ein Feld mit Wachstumsraten war, wird heute nicht mehr gleichermaßen nachgefragt, weil die Technologien ausgereift sind, und der Maschinenbau von unten mit Standardlösungen in ein Ffightech-Segment abgedrängt wird. Und diese Spezialisierung, der Verkauf von Problemlösungen, wird in Zukunft nicht mehr so viele Menschen beschäftigen. Das wird vielleicht zwei Millionen Arbeitsplätze kosten. Ich möchte deshalb etwas zur Globalisierung der Produktion jenes Segmentes sagen, das bisher in Deutschland geblieben ist, nämlich den hochtechnologischen Maschinenbau.

Beim Anlagenbau, in dem ich tätig bin, spielt es keine große Rolle, ob der Lohnzuwachs in diesem Jahr etwas geringer ist als anderswo. Die Löhne und Kosten sind bereits jetzt hoch, und dieses Unternehmen ist gut beraten, Teile für die Produktion möglichst günstig zuzukaufen. Wir haben das im Maschinenbau in der Vergangenheit nicht gemacht, weil die Unternehmen es nicht nötig hatten, und auch, weil sie ein bißchen träge waren. Es ist nämlich gar nicht so einfach, kleinere Teile an der Maschine, seien es nun Ventile oder Schalter, irgendwo in Europa einzukaufen. Es war mit einem ziemlichen Auf-

* Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge nach einem Bandmitschnitt des Werkstattgesprächs „Internationalisierung der Wirtschaft“ am 9. Dezember 1993 in Düsseldorf.

wand verbunden, die Logistik stimmte nicht, und die Firmen, die so etwas anbieten, besaßen keinen europäischen Patentschutz. Das heißt, daß auch ein kleiner Maschinenbauer alle Komponenten, die er für seine Maschinen gebraucht und nicht selber hergestellt hat, in seiner unmittelbaren Umgebung zugekauft hat. Wir befinden uns jetzt in einem Lernprozeß, diese Teile irgendwo in Europa oder sonst auf der Welt zuzukaufen. Dieser Lernprozeß, der mit Sicherheit noch einige Jahre in Anspruch nimmt, wird Arbeitsplätze kosten. Wir werden eine strukturelle Arbeitslosigkeit bekommen, die wir nicht mehr mit einem spezialisierten Maschinenbau auffangen können, der im Gegenteil sogar durch einen enormen arbeitssparenden Produktivitätsfortschritt, etwa durch CAD, noch verstärkt werden wird. Wir werden auf Grund dieser strukturellen Veränderungsprozesse in der Industrie Millionen Arbeitslose haben. Das heißt, daß wir uns die Frage stellen müssen, ob wir demgegenüber nicht eine ganz andere Industriepolitik brauchen, daß wir vielleicht sogar den Mut haben müssen, interventionistisch einzugreifen.

Jürgen Engel-Bock (Gewerkschaft Textil-Bekleidung): Ich komme aus einer Gewerkschaft, deren Branche ums Überleben kämpft. Wir haben es mit einer internationalen Wettbewerbsverzerrung zu tun. Wir haben es zum Beispiel mit Einfuhren aus China zu tun, die in Kinderarbeit hergestellt werden. Dieser gesamte Bereich des Sozialdumping und staatlicher Subventionierung in anderen Ländern wird vollkommen aus der Diskussion um Freihandel und internationalen Wettbewerb ausgeklammert.

Man macht es sich zu einfach, wenn man behauptet, die Einführung von Öko- und Sozialstandards sei hinderlich, weil sie viel Geld kosten. Wir werden, wenn wir derartige Standards nicht durchsetzen können, bis zum Jahre 2000 rund 330.000 Arbeitsplätze in der Textilindustrie verlieren. Wenn wir die verlieren, werden wir anschließend den Textilmaschinenbau sowie die Chemiefaserindustrie verlieren. Es reicht einfach nicht, sich auf moderne Produkte, auf Innovation zu konzentrieren. Mit Blaupausen können nicht 30 Millionen Erwerbstätige beschäftigt werden. Nur vom Internationalismus zu reden und sich selbst auf den Know-how-Bereich oder den Export von Problemlösungen zurückzuziehen, ist jedenfalls keine Lösung.

Reimut Jochimsen: Ich wäre völlig falsch verstanden worden, wenn Sie meinen, ich hätte das vorgeschlagen.

Friedhelm Hengsbach SJ (Hochschule St. Georgen): Das starke Gewicht, das Herr Jochimsen auf das regionale Potential gelegt hat, ermutigt mich zu drei Fragen:

Erstens: Welche Bedeutung hat eine exportorientierte Perspektive? Verändert sich durch die Größe der neuen Bundesrepublik nicht auch der Stellenwert unserer Exportorientierung? Muß eine größer gewordene Bundesrepublik noch mit der gleichen Intensität wie in den fünfziger und sechziger Jahren den Export fördern, im Extremfall auch durch eine unterbewertete D-Mark

und die Inkaufnahme von Importen, die nicht den Gesetzen der internationalen Arbeitsteilung bei fairen Wettbewerbs- und Wechselkursbedingungen entsprechen? Anders gefragt: Besteht die Exportlogik nicht darin, daß wir zunächst einmal die Importe finanzieren müssen?

Meine zweite Frage: Kann eine derart starke Konzentration auf den Export nicht dazu führen, daß die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort nicht mehr befriedigt werden? Ich argumentiere aus der Perspektive der neueren entwicklungspolitischen Diskussion und auch aus einigen Erfahrungen in Ostdeutschland. Hightech, Exportorientierung, Wettbewerbsfähigkeit auf den Märkten der Triade ist dort das erste Ziel. Ob Wohnungen saniert werden, ob der grundlegende Bedarf der Menschen vor Ort befriedigt wird, ist dagegen zweitrangig. Die Theorie des Exportsektors argumentiert zwar, daß durch den Export erst alles in Schwung komme, aber die Westdeutschen warten darauf bereits seit mindestens 40 Jahren, und ob das in Ostdeutschland geschehen wird, bleibt fraglich.

Meine letzte Frage: Könnte es nicht sein, daß die Internationalisierung und Interregionalisierung der Ökonomie in Zukunft durch eine stärkere Einbeziehung der ökologischen Kosten ausgebremst werden? Wenn sich zum Beispiel die Transportleistungen, die jetzt in der Bundesrepublik als zentral gelegenem Staat in Europa zur Verfügung gestellt werden müssen, ökologisch nicht mehr rechnen lassen, führt das auch zu einer größeren Bedeutung der Reichweite der Märkte. Regionale Märkte mit einem spezifischen Angebot zur Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort könnten ein viel größeres Gewicht einnehmen.

Siegfried C. Cassier (IKB Deutsche Industriebank): Herr Jochimsen hat das Problem angesprochen, daß es einerseits eine -Entgrenzung von Kapital- und Güterströmen gibt, und daß wir andererseits Wanderungsbewegungen verständlicherweise begrenzen müssen, die Arbeitsmärkte also nicht entgrenzt sind. Dem möchte ich zwei Konsequenzen hinzufügen, die für das Selbstverständnis der Wirtschaft und der Gewerkschaften wichtig sind. Die erste bezieht sich auf Arbeitszeit: Wenn es richtig ist, daß die Sollarbeitszeit in unserem Land etwa 1600 Stunden im Jahr ausmacht und in Japan immer noch über 2 000 Stunden, dann fehlen uns bereits heute 400 Stunden im Jahr an kreativer Arbeit. Es geht mir um die Frage, ob ein Ansatz, wie er jetzt bei VW in Wolfsburg gewählt wurde, die Arbeitszeit weiter zu reduzieren, richtig sein kann. Wer in einer schwierigen Lage ist, dem sagt der gesunde Menschenverstand, daß er die Ärmel aufkrepeln und mehr arbeiten muß. Ich kann nicht erkennen, daß weitere Arbeitszeitverkürzung eine Hilfe sein kann, um aus den konjunkturellen und strukturellen Schwierigkeiten herauszukommen.

Ein Wort zur Lohnfindung: Ich möchte die Frage aufwerfen, ob das, was die Konjunkturkrise an Problemen aufgedeckt hat, nicht von uns verlangt, daß wir uns über eine neue Lohnfindungsformel Gedanken machen. Die Orientierung an der Produktivitätssteigerung und an der unvermeidlichen Preissteige-

rungsrate hat letztlich dazu geführt, daß wir immer höhere Löhne für immer weniger Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, erreicht haben. Das heißt, daß nach jeder Konjunkturkrise die Sockelarbeitslosigkeit höher gewesen ist. Wenn heute viel von einer Entideologisierung des Streits über Lohn und Arbeit die Rede ist, muß das auch die Erkenntnis einschließen, daß Löhne etwas mit dem Angebot an Arbeitsplätzen zu tun haben.

Wenn wir in unserem Land einen durchschnittlichen Stundenlohn von über 40 DM haben, im Vergleich zu rund 25 DM in den USA, und wenn es eine Entgrenzung der Kapital- und Gütermärkte gibt, dann muß man sich Gedanken darüber machen, wie diese Lücke geschlossen werden kann. Meine Frage ist, ob es nicht sinnvoll wäre, Arbeitsmarktkategorien irgendwie in die Lohnfindungsformel mit hineinzunehmen, etwa in der Weise, daß die beiden Sozialpartner nicht fixe Größen, sondern Lohnspannen vereinbaren, so daß die Grenzanbieter nicht sofort aus dem Markt hinausgeworfen werden.

Meine letzte Bemerkung hat mit der Internationalisierung zu tun: Wir beobachten bei vielen Unternehmen, die wir als Kunden beraten, daß sie sich mit der Frage auseinandersetzen, ihre Produktion zum Teil ins Ausland zu verlagern. Wir haben dabei die Beobachtung gemacht, daß sich die Wechselkursgestaltung an den Devisenmärkten von der Preisfindung an den Gütermärkten und Arbeitsmärkten emanzipiert hat. Das heißt, daß die Unternehmen - abgesehen von der Frage der Lohndifferenz - dahin gehen, wo sie ihren Absatz finden.

Seppel Kraus (IG Chemie-Papier-Keramik): Ich habe zwei Bemerkungen zu den Ausführungen von Reimut Jochimsen. Zunächst eine versteckte Frage. Sie haben gesagt, der Standortvorteil sei nicht mehr so abhängig vom Produktionsstandort. Ich würde das in Zweifel ziehen. Standortvorteile können sich verschieben, aber die Markt- oder Rohstoffnähe halte ich nach wie vor für entscheidend.

Das zweite ist die Frage nach der Ökologie. Ich ärgere mich immer ein bißchen über jenen Halbsatz, der da lautet, sie habe natürlich auch negative Einkommens- und Beschäftigungseffekte. Und dafür sollen dann wohl die Gewerkschaften zuständig sein. Wer sonst sollte denn diese negativen Effekte letztlich durchsetzen? Dazu würde ich von Ihnen gerne noch etwas Genaueres wissen, weil meine Sorge — ein bißchen provozierend gesagt — die ist, daß wir am Ende eine ökologische Zwei-Drittel-Gesellschaft bekommen.

Reimut Jochimsen: Ich habe natürlich, auch wenn ich eine Stunde gesprochen habe, über ein gewaltiges Thema nicht alles so ausführen können, wie ich es selber gewünscht hätte und will gerne versuchen, ein paar Erläuterungen nachzureichen. Auch wenn ich nicht vorgeben will, daß ich auf alles eine Antwort weiß.

Zunächst möchte ich die Frage von Herrn Hengsbach aufgreifen, weil er in der Tat eine Dimension anspricht, die bei mir im Vortrag gefehlt hat, die ich aber

sehr deutlich sehe, gerade wenn man Ernst-Ulrich von Weizsäckers Vorschlägen für eine stoffbegrenzte Wirtschaftswachstumsweise folgt. Ich bin sehr dafür, daß das, was im regionalen Wirtschaftskreis läuft, regional organisiert wird, daß das, was regional produziert werden kann, dort gemacht wird, weil wir ohnehin am Transportproblem ersticken. Aber das ist kein Entweder-Oder. Auch eine interregionale Arbeitsteilung ist nicht die Lösung des Problems. Die globale Dimension der Produktionsentwicklung ist so wie sie ist. Wir müssen uns darauf einstellen, wir müssen versuchen, darauf Antworten zu finden. Und die Antwort kann nicht lauten: keine Exportorientierung. Ob das größere Deutschland dann einen höheren Exportanteil braucht oder nicht, ist demgegenüber eine eher akademische Frage, die u. a. damit zusammenhängt, wie wir den Export in die EG-Länder statistisch bewerten. Daß wir allerdings lernen müssen, das Wachstum mengenmäßig auszubremsen, sehe ich auch. Nur diese Forderung ist schwierig durchzusetzen und berührt unmittelbar auch die Frage der Lohnforderungen und der Standortsicherheit, die der Kollege Kraus von der IG Chemie angesprochen hat. Ich will dazu zwei Bemerkungen machen: Die Frage der Standortfaktoren stellt sich natürlich für verschiedene Produktionsweisen sehr unterschiedlich. Für die Grundstoffchemie stellt sie sich anders als etwa für die Pharmaindustrie, beim Maschinenbau ist es anders als bei der Konsumgüterindustrie. Hinzu kommt, daß es einen Aspekt gibt, der für unsere Industrie spricht, nämlich ihre historische Komponente. Ich bin deshalb dagegen, alles in Frage zu stellen, was man in Frage stellen kann. Dennoch: Insgesamt gesehen ist mehr gefordert, als wir uns bisher eingestehen. Wir müssen uns fragen, ob die Produkte, die wir zum Beispiel im Maschinenbau herstellen, langfristig noch eine Zukunft haben. Ich meine damit nicht einzelne Produkte, von denen der Maschinenbau ja durchaus noch lange Zeit leben kann, sondern frage, wohin die *strategische* Orientierung gehen muß. Dabei macht mir die Umweltindustrie, zu der ja der Maschinenbau, der Anlagenbau und die Bauwirtschaft gehören, große Sorge, weil sie bisher zu sehr auf eine End-of-the-pipe-Technologie ausgerichtet sind. Die Frage ist: Wie können statt dessen integrierte Produktionsweisen entwickelt werden, die die Chancen der Stoffreduzierung, der Nutzung optimieren? Dazu muß ich jedenfalls mehr anbieten als Maschinen und Blaupausen.

Zweitens: Wenn wir die externalisierten Kosten der Industrieproduktion, also etwa die Umweltbelastung, in Zukunft stärker berücksichtigen müssen, dann hat das natürlich auch Auswirkungen auf die Löhne. Wir brauchen zwar keine neue Lohnformel, aber wir müssen die gesamtwirtschaftlichen Elemente, die in der Lohnformel enthalten sind, stärker berücksichtigen. Das geschieht auch heute schon. Aber ich sage auch ganz klar: Lohnsenkungen quer durch die Bank, nach welchem Modell auch immer, sind kein Weg, der die Probleme unserer Industriegesellschaft dauerhaft löst. Ich möchte noch eine Bemerkung zur Industriepolitik machen: Ich habe mich gegen eine simple Variante von Industriepolitik ausgesprochen. Ich bin gegen einen blanken Protektionismus sektoraler Art, weil ich darin keine dauerhafte Zukunftsperspektive sehe. Protektionismus kann einen Weg abfedern, kann helfen, Zeit zu gewinnen, aber

er bietet keine langfristige Perspektive, weil er die technologische Entwicklung nicht definieren kann. Ich könnte auch pessimistisch sagen: Eine Basisinnovationswelle, die Mikroelektronik und die damit zusammenhängende Informations- und Kommunikationstechnologie, läuft gerade aus und es dauert noch, bis hieraus Beschäftigung entsteht, weil die dazugehörigen Produkte und Verfahren noch nicht entwickelt sind. Insofern wird die Industriepolitik bestimmte zeitgewinnende Elemente nicht vermeiden können. Die Europäische Union, die Nationalstaaten, die Regionen müssen hier handeln.

Frank Schmidt (Gewerkschaft Holz und Kunststoff): Wir haben in unserem Bereich gewaltige Probleme mit Produktionsverlagerungen ins Ausland, vor allem ins osteuropäische Ausland. Das spielt sich so ab, daß hochmoderne Werke in diese Länder exportiert werden, in denen dann hochqualifizierte Arbeitskräfte zu Löhnen beschäftigt werden, die in keiner Weise dem entsprechen, was die Kolleginnen und Kollegen dort eigentlich benötigen, um vernünftig leben zu können. Das führt wiederum dazu, daß es in diesen Ländern keinen Binnenmarkt für die dort produzierten bundesdeutschen Möbelmodelle gibt, sondern diese kommen wieder in die Bundesrepublik bzw. die EG zurück.

In einer derartigen Situation müssen die Gewerkschaften ihre internationale Politik umstellen. Sie müssen darauf hinwirken, daß die Sozialstandards hoch angesetzt werden. Sie müssen sich an unseren Standards orientieren, weil unsere Produktivität ja sozusagen exportiert wird, und die Endprodukte wieder auf unseren Markt zurückkommen. Wir brauchen eine Mischung einerseits aus operativer Entwicklungshilfe und andererseits aus Schutzmaßnahmen gegen Sozialdumping. Das geht in der Übergangszeit, in der sich neue Binnenmärkte herausbilden, nicht ohne einen gewissen Protektionismus.

Jürgen Kromphardt (Technische Universität Berlin): Wenn Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden, ist eine mögliche Reaktion darauf eine Arbeitszeitverkürzung bei uns. Deswegen fand ich es sehr erfreulich, daß Herr Geuenich bei der Eröffnung des Werkstattgesprächs die Vorgänge bei VW als ein wohlthuendes Beispiel für die Entideologisierung der Diskussion bezeichnet hat. Es geht dabei ja um eine Arbeitszeitverkürzung, die nicht mit Lohnausgleich verbunden ist, sondern zu Einbußen beim Jahreseinkommen der Arbeitnehmer führt. Trotzdem ist sie akzeptiert worden. Ich finde es bemerkenswert, daß der 20prozentige Rückgang der erforderlichen Arbeitsstunden bei VW nicht zur Entlassung von 20 Prozent der Arbeitnehmer geführt hat, sondern die verkürzte Nachfrage nach Arbeit gleichmäßig über die gesamte Belegschaft verteilt worden ist. Insofern möchte ich Herrn Cassier widersprechen, der Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Krisenbewältigung ausgeschlossen hat.

Karin Benz-Overhage (Geschäftsführender Vorstand der IG Metall): Ich will nichts zur arbeitszeitpolitischen Diskussion sagen, weil das dann eine zu starke aktuelle Debatte werden würde, die wir heute eigentlich nicht führen wollten und die auch den Ausführungen von Reimut Jochimsen nicht gerecht werden

würde. Aber die Euphorie, die im Hinblick auf das VW-Modell anklang, macht es erforderlich, daß ich einiges relativierend dazu sage.

Erster Punkt: Das VW-Modell ist kein strategieweisendes Modell für die Tarifpolitik der IG Metall, sondern es ist ein VW-spezifisches Modell, das dort aus einer aktuellen Krisensituation heraus geboren wurde. Es ist für VW auch aus unserer Sicht akzeptabel und vertretbar, aber es war nur möglich aufgrund eines Haustarifvertrages, der eine Ausstattung auf einem materiellen Niveau hatte, bei der das monatliche Einkommen gesichert werden konnte. Würden wir dieses Modell auf andere Bereiche übertragen, die nicht das Ausgangsniveau von VW haben, würden wir vielfach bei einem Monatseinkommen landen, das die Existenz von Arbeitnehmerfamilien in Frage stellt.

Trotzdem beinhaltet das VW-Modell einige Elemente, die für gesellschafts- und tarifpolitische Diskussionen wesentlich sind. Ich kenne jedenfalls kein Tarifmodell, dem es innerhalb so kurzer Zeit gelungen ist, die Arbeitszeitdebatte, also die Frage der Verteilung des schwindenden Arbeitsvolumens auf mehr Menschen, zu enttabuisieren. Ich glaube, daß diese Enttabuisierung dazu beitragen kann, die Realisierung der 35-Stunden-Woche auch im Flächentarifvertrag früher umzusetzen, und vielleicht kann das VW-Modell auch dazu beitragen, soziale Phantasien freizusetzen, nicht nur flexible, sondern wirklich intelligente Lösungen und Instrumente der Arbeitszeitpolitik zu entwickeln.

Sorgen macht mir allerdings die in der öffentlichen Debatte über dieses Modell vorherrschende Konzentration der beschäftigungspolitischen Verantwortung auf die Tarifvertragsparteien, insbesondere auf die Gewerkschaften. Dabei wird zu wenig thematisiert, welchen Stellenwert diese Form der Beschäftigungssicherung eigentlich nur haben kann: Es ist ein zeitlich befristetes Instrument, vorhandene Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen, ein Mittel zur Überbrückung, bis industrie- und strukturpolitische Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung greifen. Auch das VW-Modell ist auf lediglich zwei Jahre befristet.

Ingrid Kurz-Scherf (Wissenschaftlerin): Wenn Karin Benz-Overhage sagt, daß VW kein strategieweisendes Modell ist, bleibt die Frage, was für die Gewerkschaften überhaupt strategieweisend sein kann. Bei VW setzen die Gewerkschaften jedenfalls darauf, daß die Konjunktur wieder anspringt. Allerdings kann man der internen Planung des VW-Konzerns entnehmen, daß VW keineswegs plant, den Beschäftigungsstand von heute zu halten, gleichgültig, wie sich die Konjunktur entwickelt, sondern ihn von zur Zeit ungefähr 104000 auf 88000 Personen zu reduzieren und gleichzeitig die Produktion um 20 oder 30 Prozent zu steigern. Selbst bei günstigster Konjunkturlage wird es den gegenwärtigen Beschäftigungsstand bei VW also nicht mehr geben.

Bei VW zeigt sich, daß die Produktivitätsentwicklung die Wachstumsrate übersteigt. Diese Differenz läßt sich nur durch Arbeitslosigkeit oder durch Arbeitszeitverkürzung ausgleichen. Es gibt keine andere Alternative. Die

Gewerkschaften werden deshalb darüber nachdenken müssen, wie neue Modelle der Arbeitszeitverkürzung aussehen können. Dabei ist die Frage des Lohnausgleichs zumindest perspektivisch anders zu diskutieren, als sie bisher diskutiert worden ist. Herr Kromphardt hat auf die perspektivische Bedeutung des VW-Modells hingewiesen und dabei argumentiert, daß es natürlich besser wäre, wenn alle weiterhin vom Abschluß der Ausbildung bis zur Rente 40 Stunden in der Woche Arbeit hätten. Ich möchte das hinterfragen: Wieso ist eigentlich gar nicht mehr in der Diskussion, daß es vielleicht auch ganz gut wäre, wenn man weniger arbeiten muß. Wäre es nicht sinnvoller, den Produktivitätsfortschritt in Form von Arbeitszeitverkürzung zu nutzen? Diese rein defensive Diskussion von Arbeitszeitverkürzung ist für mich nicht mehr nachvollziehbar: Muß man denn unbedingt acht Stunden am Tag arbeiten? Ich kann mir auch vorstellen, nur sechs oder vielleicht sogar nur vier Stunden am Tag zu arbeiten. Diese Diskussion ist zum Teil einfach absurd. Wenn auf der einen Seite gesagt wird, wir brauchen Produktinnovation, damit das Kapital seine profitträchtigen Anlagemöglichkeiten findet, und damit wir Arbeitsplätze bekommen, dann möchte ich dem die Frage entgegensetzen: Wieso brauchen wir eigentlich immer neue Produkte? Wieso fragt kein Mensch mehr, für welche Bedürfnisse oder für welche Mangelsituationen wir etwas benötigen? Statt dessen werden immer neue Produkte entwickelt, damit wir arbeiten können. Damit wird die Logik von Arbeit und Leben geradezu umgedreht. Wir hecheln stets danach, noch irgend etwas Neues in die Welt zu setzen, damit wir Arbeitsplätze haben. Wäre es nicht viel sinnvoller, auf Produktinnovationen, die diesen Wachstumsprozeß in Gang halten, zu verzichten und statt dessen das vorhandene Arbeitspotential besser zu verteilen?

Eine letzte Anmerkung: Aus den Ausführungen über die Internationalisierung der Märkte folgt, daß die Gewerkschaften sich Gedanken darüber machen müssen, wie sie den Prozeß der Internationalisierung der Ökonomie sinnvoll beeinflussen, möglichst auch kontrollieren können. Aber müßten wir nicht eigentlich in erster Linie darüber nachdenken, wie wir vor Ort Arbeit organisieren können, wie wir die Bedürfnisse befriedigen können? Und müssen wir nicht viel radikaler darüber nachdenken, ob und wie die Organisation von Arbeit von den Mechanismen der internationalen Kapitalverwertung abgekoppelt werden kann?

Siegfried C. Cassier: Vielleicht als Kontrapunkt: Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit - ist das nicht jede Arbeit, deren Ergebnis von der Gesellschaft gewünscht und bezahlt wird? Und eine zweite Bemerkung: Zur Anpassung an das, was die Internationalisierung der Wirtschaft uns auferlegt, trägt eine Reduzierung der Arbeitszeit absolut nichts bei, denn dieses Kreativitätspotential, die ungenutzte Arbeit, findet für meine Begriffe in vier Richtungen ein Ventil. Erstens: in der Produktion und Konsumtion von Freizeitwerten, deren gesellschaftlicher Sinn zweifelhaft sein kann; zweitens: in der Flucht in die Selbständigkeit. Wir haben seit vielen Jahren einen wachsenden Saldo von Neugründungen, insbesondere im Dienstleistungsbereich; drittens: in der

Expansion der Schattenwirtschaft; das vierte Ventil schließlich ist die Arbeitslosigkeit.

Michael Wolters (IG Chemie-Papier-Keramik): Die Internationalisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik macht es notwendig, daß auch die Gewerkschaften ihre Arbeit internationalisieren. Eine Diskussion darüber, die bei den Stichworten „Sozialdumping“ und „Protektionismus“ stehen bleibt, ist mir aber nicht tiefgehend genug, um nicht zu sagen, zu leichtfertig. Auch im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik gibt es Sektoren, die durch erhöhte Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa von Arbeitsplatzverlusten betroffen sind. Ich denke, daß man ganz genau hinsehen muß, was sich in diesen Ländern tut. Ich versuche das einmal aus einer internationalen Sicht, aus der Perspektive, wie sie sich zum Beispiel in Ungarn oder etwa Polen stellt: Die dortigen Gewerkschaften wollen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort verbessern. Dazu brauchen sie natürlich ein wirtschaftliches Potential in ihren Ländern, welches sie verteilen können. Deswegen ist es unsere Politik, und viele andere Gewerkschaften machen es genauso, dort beim Aufbau von Gewerkschaftsstrukturen Hilfe zu leisten. Es geht gar nicht anders, als daß dort ein Wirtschaftswachstum stattfindet, damit der dort produzierte Reichtum auch auf die Arbeitnehmer verteilt wird. Auch wenn das natürlich für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland Konsequenzen hat, die man nicht wegdiskutieren kann.

Mit steigendem Einkommen der Arbeitnehmer in den osteuropäischen Ländern steigt selbstverständlich deren Nachfrage. Wenn man sich die Warenströme der letzten Zeit einmal ansieht, so gibt es zum Teil bereits eine positive Handelsbilanz Deutschlands gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern. Das heißt, die deutsche Wirtschaft verdient im Moment an der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern. Und wenn die deutsche Wirtschaft Gewinne macht, ist das immer etwas, was in gewisser Weise auch den Arbeitnehmern zugute kommt. Auch das sollten wir uns vergegenwärtigen, bevor wir vorschnell Protektionismus fordern.

Reimut Jochimsen: Ich möchte noch etwas zu Ingrid Kurz-Scherf sagen. Ich bin ihr dankbar dafür, daß sie diese Gegenposition bezogen hat, und bekenne mich schuldig, daß ich einen Teil meines Referates, der sich genau mit dieser Frage des gesellschaftlichen Bedarfs beschäftigt, nicht ausgeführt habe. Nur: Das Thema „Internationalisierung der Wirtschaft“ steht dem jedenfalls nach dem ersten Anschein entgegen. Die Internationalisierung der Wirtschaft wird die Welt bestimmen, auch unsere Welt. Wir müssen deshalb überlegen, auf welchen Feldern wir Problemlösungen mit Markterschließung, mit Produktinnovation so organisieren können, daß sie sich unter den restriktiven Bedingungen, von denen ich eben gesprochen habe, entfalten können.

Dazu werden wir auf internationaler Ebene auch eine Marktverfassung organisieren müssen, die systematisch bestimmte Elemente der ökologisch-sozialen Dimension aufgreift.

Wir müssen versuchen, diese Prozesse zu gestalten, Zeit zu gewinnen, Übergangsfristen einzuräumen. Eine Übergangsfrist endet allerdings irgendwann, so daß das Ganze degressiv ablaufen muß. Ich warne deshalb davor, den Begriff des Protektionismus zu sehr in Anspruch zu nehmen, weil man am Ende vielleicht mit völlig falschen Partnern dasteht.